

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Stadträte in Aue, Grünhain, Böhmisch Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.
Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Amtsgerichte in Aue, Schneeberg, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt und des Stadtrates zu Schwarzenberg.
Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.
Hauptgeschäftsstelle: Aue, Fernruf Sammel-Nr. 2541. Drahtanschrift: Volksfreund Auesachsen.
Geschäftsstellen: Böhmisch (Amt Aue) 2940, Schneeberg 310 und Schwarzenberg 3124.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen.
Der Bezugspreis beträgt bei Kassenzahlung im Monat, durch die Post 2,10 RM.
Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche.
Für Rückgabe unentgeltlich eingehender Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

Abgabe-Konkurrenz für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen.
Der Preis für die 22 mm breite Mittelzeile beträgt 4 A., für den 30 mm breiten Text-Mittler 20 A., gemäß 12 A. Allgemeine Bedingungen beim Verlag Auesachsen.
Postfach-Nr. 12224.
Gemeinde-Bezirks-Nr. Aue, Sachsen, Nr. 28.

Nr. 195.

Mittwoch, den 22. August 1934.

Jahrg. 87.

Amfliche Anzeigen.

Sandel und Berkehr zum Bartholomäus-Jahrmarkt.

Wir weisen darauf hin, daß zum Jahrmarkt am Sonntag, Montag und Dienstag, dem 26., 27. und 28. August 1934, folgendes zu beachten ist:

- 1) Jeder Verkäufer und Schausteller hat sich durch den städtischen Marktmeister einen Platz anweisen zu lassen. Für genehmigungspflichtige Veranstaltungen ist rechtzeitig vorher beim Polizeiamte die erforderliche Erlaubnis einzuholen.
- 2) Auf den angewiesenen Plätzen ist der Handel am Sonntag von 12 Uhr an, an den folgenden Tagen von 8 Uhr an ge-

stattet; der Marktbetrieb ist an sämtlichen Tagen um 22 Uhr (10 Uhr abends), für Schwarz-, Schau- und Vergnügungsanstalten um 23 Uhr (11 Uhr abends) zu schließen.

3) Am Jahrmarktsonntag ist das Offenhalten der Verkaufsläden mit Ausnahme der Zeit von 9 bis 11 Uhr auf die Dauer von 8 Stunden, jedoch nicht über 18 Uhr (6 Uhr nachmittags) hinaus, zulässig.

4) An Schaustellen muß reines Wasser zum Spülen der Trinkgläser bereitgestellt werden. Trinkgläser sind vor ihrer Benutzung jedesmal gut auszuspülen.

5) Alles Fahren mit Rangholzwagen hat innerhalb des Marktverkehrs zu unterbleiben.

6) Die zur Umleitung des Fahrverkehrs aufgestellten

Schilder sind zu beachten.

7) Die Haltestellen des Kraftomnibusverkehrs am Markt werden vom 24. bis mit 29. August 1934 nach dem Ernst-Geisler-Platz beim Postamt verlegt. Dies gilt auch für den Kraftbroschthalteplatz auf dem Markt und den benachbarten Parkplatz dafelbst.

8) Alle Warenverkäufer haben an ihrem Verkaufsstande gut sichtbar ein Schild mit Angabe des Vor- und Familiennamens sowie des Wohnortes anzubringen. (Händler, die Waren nur aus einzelnen Säcken oder Körben feilhalten, unterliegen dieser Vorschrift nicht).

Aue, 22. August 1934.

Der Rat der Stadt. — Polizeiamt.

Das Ergebnis der Zusammenkunft in Florenz.

Die Kleine Entente steht im Wege.

Die übliche amfliche Verlautbarung.

Rom, 21. Aug. Bundeskanzler Schuschnigg hat um 5 Uhr nachmittags Florenz verlassen und sich nach Genua begeben, wo er sich nach Nizza eingeschifft hat. Von Nizza aus fährt Schuschnigg nach Wien zurück.

In der amflichen Verlautbarung über die Unterredung heißt es, daß zwischen Mussolini und Schuschnigg zwei Besprechungen stattfanden, die insgesamt drei Stunden dauerten und in deren Verlauf die beiden Länder interessierenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen besprochen wurden. Es stellt sich eine vollständige Uebereinstimmung in den Richtlinien und Methoden heraus, was die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des österreichischen Staates betrifft. Zu dieser Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit gehört auch die vollständige Autonomie. Sie stellt ein konkretes europäisches Interesse dar und ein förderndes Element zur Erhaltung der Ruhe im Donaubereich. — Die beiden Staatsmänner hätten ferner, was die wirtschaftliche Lage betrifft, die Möglichkeit der Protokolle von Rom bestätigt, deren Aktionsradius noch gesteigert und verbreitert werden könne, und sie seien sich darin einig gewesen, daß der Geist der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern weiter entwickelt werden soll.

Das Verhältnis zu Deutschland.

Florenz, 22. Aug. Dr. Schuschnigg gewährte einem Pressevertreter eine Unterredung, in der er u. a. ausführte: Sofort nach seiner Berufung habe er es als seine moralische Pflicht empfunden, sich nach Italien zu begeben, um einen Gedankenaustausch mit Mussolini herbeizuführen. Die wirksame Hilfe, die Italien im Kampfe um die Unabhängigkeit Österreichs geleistet habe, gebe den italienisch-österreichischen Beziehungen, die auch das Ziel einer friedlichen Entwicklung Europas verfolgten, eine besondere Note. Sowohl bei den allgemeinen wie auch bei den Fragen, die die beiden Länder im besonderen berühren, sei vollständiges Einverständnis erzielt worden. Gegenüber Deutschland bleibe die Einstellung Österreichs immer die gleiche. Die österreichische Regierung müsse weitestgehend die Lebensinteressen des Landes schützen, wobei sie von der Freiheit ihrer Entscheidungen auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik ausgehe. „Dat man dies erst einmal erkannt, so wird jedes Hindernis für eine Wiederherstellung der normalen Beziehungen mit Deutschland, für deren augenblickliche Erleichterung Österreich niemals verantwortlich war (1) verschwinden. Das kleine Österreich war immer in der Defensive (1). Das Ausschließen der Angriffe wird keineswegs eine Verletzung der fundamentalen Grundzüge herbeiführen, die der Politik der österreichischen Regierung zugrunde liegen. Diese Grundzüge stehen seit langem fest und stützen sich auf die beinahe tausendjährige Mission der Deutschen im Donauraum, eine Mission, der wir uns immer bewußt waren.“

Zu dem Berichterstatter des Pariser „Petit Journal“ äußerte Dr. Schuschnigg: Fürst Starbemberg hat erklärt, daß die Frage der Rückkehr der Habsburger nicht aktuell ist. Ich will noch deutlicher sein: Die Restauration der österreichischen Monarchie beschäftigt uns nicht. Diese Frage kommt nicht in Betracht.

„Militärische Note.“

Rom, 21. Aug. Die Unterredung zwischen Mussolini und Schuschnigg begann zur Mittagsstunde in der Villa de Martinis. Nach einem Frühstück wurde die Unterredung fortgesetzt und dauerte bis in den Nachmittag hinein. Der Empfang des Kanzlers auf dem Bahnhof hatte eine stark betonte militärische Note.

Der 25. Juli und der 30. Juni hätten gezeigt, sagt „Tribuna“, daß der Nazismus Österreich keine Stabilität der Regierung geben könne, sondern nur dessen religiöse Einheit bedrohen würde. Daher sei es richtig, daß die österreichische Regierung die Zusammenarbeit mit der faschistischen forsetze, d. h. mit der Regierung einer angrenzenden Großmacht, die gezeigt habe, daß sie die Unabhängigkeit Österreichs nicht nur als einen unverletzlichen Vertragsparagrafen, sondern als eine politische und wirtschaftliche Tatsache betrachte (?). Die

französische Regierung stimme mit diesem Gesichtspunkt überein und gerate hierüber mit der Kleinen Entente und besonders Südslawien in Konflikt. Die Gelegenheit sei günstig, daß Frankreich am Vorabend der Reise Barthous sein Bündnis mit der Kleinen Entente noch einmal überprüfen könne.

Ganz brutal kommt im „Lavoro Fascista“ zum Ausdruck, worum es eigentlich geht. Heute mehr denn je sei die Unabhängigkeit Österreichs ein Hauptpunkt für die Zukunft Europas. Es sei zu wünschen, daß auch die drei Länder der Kleinen Entente die Notwendigkeit erkennen, die augenblickliche österreichische Lage zu verstärken und daß sie sich nicht den Blick trüben lassen von irrigen Berechnungen. Am Schluß betont der Artikel, daß die Begegnung in Florenz vor sich gehe, während das italienische Heer auf dem Wandergelände übe.

Auf die Polemik hin, daß Italien aus Österreich eine militärische Besetzung machen wolle, erwidert „Stampa“, daß Italien zu intelligent dazu sei. Österreich solle ein Boden der Zusammenarbeit, nicht einer des Kampfes zwischen Kulturen und Völkern sein. Auch die Einstellung der Kleinen Entente bedürfe einer Korrektur. — „Popolo d'Italia“ betont, die Freundschaft zu Italien bleibe die Grundlage der österreichischen Politik, und die Freundschaft zu dem freien Österreich bleibe eines der Hauptkapitel der Politik Mussolinis. — „Gazzetta del Popolo“ nimmt die Florenz-Zusammenkunft wieder zum Anlaß, in gewohnter Weise gegen Deutschland zu hetzen.

Mussolinis Politik

„auf Kosten anderer Mächte.“

Protectorat über Oesterreich.

Paris, 21. Aug. Die Presse verfolgt aufmerksam die Begegnung Schuschniggs mit Mussolini und ist der Ansicht, der Duce werde versuchen, eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu erzielen. Diese Zusammenkunft

werde voraussichtlich auf militärischem Gebiet stattfinden. — „Paris Soir“ meint, man müsse sich fragen, was geworden wäre und was man in Paris und London gesagt hätte, wenn Mussolini wirklich in Oesterreich einmarschiert wäre. Um irgendwelchen Unannehmlichkeiten nach dieser Richtung hin vorzubeugen, werde er sich bemühen, das Recht zu erwirken, im gegebenen Falle in Oesterreich einmarschieren zu dürfen, um die österreichische Unabhängigkeit zu verteidigen, ohne Südslawien oder einem anderen Staate Rücksicht ablegen zu müssen. Die Besprechungen würden sich deshalb voraussichtlich in der Richtung eines gegenseitigen Bestandspattes bewegen, der eine wirksame Zusammenarbeit der beiderseitigen Militärmächte vorsehe. Allerdings sehe man nicht, wie der Duce diese Absicht durchführen könne, ohne sich vorher nicht nur mit Frankreich und England, sondern auch mit der Kleinen Entente verständigt zu haben. Im übrigen zeigt sich in der französischen Presse die Besorgnis, daß Mussolini eine ausgesprochene italienische Politik auf Kosten anderer Mächte treiben könnte.

London, 22. Aug. Reuter meldet aus Florenz, Schuschnigg habe erklärt, daß bei der Zusammenkunft in Florenz Mussolini nicht die Absicht gehabt habe, ein Protectorat über Oesterreich zu verlangen. „Daily Herald“ schreibt in Florenz sei etwas geschaffen worden, was große Ähnlichkeit mit einem italienischen Protectorat über Oesterreich habe. — „Daily Express“ meint, der Bundeskanzler sei nach Florenz gefahren, um Mussolinis Befehle entgegenzunehmen. Es sei schon schlimm, daß eine Regierung zum Sägen und Erschießen greifen müsse, um ihre Herrschaft über ein Land zu untermauern, erklärt das Blatt, aber noch schlimmer sei es, wenn der Leiter der Regierung ins Ausland fahren müsse, um Näheres über seine Politik zu erfahren. — „Daily Telegraph“ meldet in diesem Zusammenhang, daß Erzherzog Otto von Habsburg von der Skandinavienreise nach Italien gefahren sei und dort eine mehrstündige Unterredung mit Mussolini gehabt habe. Otto habe Mussolini die Versicherung gegeben, daß, falls er den Thron bestiegen sollte, er nie die Wiedervereinigung Südtirols mit Oesterreich anstreben würde. Mussolini soll dem Thronprätendenten erklärt haben, daß zwar zur Zeit an eine Wiederaufrichtung der Habsburger Dynastie nicht zu denken sei, daß er aber diese Möglichkeit nicht ausschließen werde, wenn einmal Oesterreichs innere Lage sich weiter gebessert haben sollte.

Aufruf zur Anmeldung für die Volksabstimmung im Saargebiet.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat am 8. Juli die Vorschriften über die Aufstellung der Stimmlisten für die Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935 erlassen. Weiterhin hat die Volksabstimmungskommission des Völkerbundes am 20. Juli 1934 eine Bekanntmachung veröffentlicht, die nähere Vorschriften über die Abstimmungsberechtigten zur Aufnahme in die Stimmlisten enthält.

Hiernach müssen Stimmberechtigte, die außerhalb des Saargebietes wohnen, einen besonderen Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten stellen. Wer nicht in die Stimmlisten eingetragen ist, kann sein Stimmrecht nicht ausüben. Es liegt daher im eigenen Interesse aller im Reich wohnender Stimmberechtigten, diesen Antrag mit tunlichster Beschleunigung einzureichen.

Der Antrag, der an den Gemeindevorstand gerichtet ist, in dem der Abstimmungsbeauftragte am 28. Juli 1934 die Einwohnerregistrierung hatte, muß folgende Angaben enthalten:

1. die Namen, Vornamen, das Geburtsdatum, den Geburtsort und den Beruf des Antragstellers (im Falle einer Berufsänderung denjenigen, den er am 28. Juni 1934 ausübte), sowie die Vornamen seines Vaters und ferner, falls es sich um eine verheiratete Frau handelt, die Namen und Vornamen ihres Ehemannes (im Falle einer Veränderung des Familienstandes nach dem

28. Juni 1919 den Familiennamen, den sie an diesem Zeitpunkt trug);

2. die Gemeinde, in der er die Einwohner-eigenschaft am 28. Juni 1919 hatte;

3. den gewöhnlichen Aufenthalt zur Zeit des Antrages;

4. die Anschrift im Saargebiet, an die Mitteilungen zu richten sind;

5. die vorhandenen Beweismittel für die Glaubhaftmachung des Antrages.

Befinden sich solche Beweismittel nicht in den Händen des Antragstellers, so ist in dem Antrag anzugeben, bei welcher Stelle des Saargebietes diese Unterlagen erhältlich sind.

Sämtliche Abstimmungsberechtigten im Reich werden hiermit aufgefordert, ihren Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten bis spätestens zum 31. August 1934 an den zuständigen Gemeindevorstand im Saargebiet gelangen zu lassen. Zur Aufklärung über alle bei der Anmeldung zu berücksichtigenden Gesichtspunkte stehen den Stimmberechtigten die Saarmittelstellen ihres jetzigen Wohnortes (das Einwohnermeldeamt, in den Städten die zuständigen Polizeireviere) sowie die Geschäftsstellen des Bundes der Saarvereine zur Verfügung. Es wird jedem Abstimmungsberechtigten dringend empfohlen, vor Abendung seiner Anmeldung die vorgenannten Stellen zum Zwecke der Nachprüfung in Anspruch zu nehmen.